

Jungsein in einer alternden Gesellschaft

*Input: Lorenz Bahr (Ministerium für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht und Integration),
Prof. Dr. Peter Cloos (Stiftung Universität Hildesheim)*

Kommentierung: Shari Kohlmeyer (Deutscher Bundesjugendring)

Moderation: Nadine Salihi

Protokoll: Julie Dombrowski (Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ)

Zentrale Inhalte

Die Sachverständigen machten im Forum deutlich, dass die alternde Gesellschaft in Deutschland mehr Generationengerechtigkeit erfordere. Ältere und jüngere Generationen sollten zusammenarbeiten, um Ressourcen fair zu verteilen. Der demografische Wandel zeige sich in einem Jugendquotienten von 30,8 und einem Altersquotienten von 36,4 (2019). Abwanderung junger Menschen und der Rückgang der Studierendenzahlen würden neue Ansätze erfordern, während längere Lebenserwartung Chancen böten. Es wurde dargelegt, dass junge Menschen Verantwortung übernehmen würden, dafür jedoch mehr Wertschätzung und bessere Bedingungen einfordern würden. Zentral sei ihre Konfrontation mit Fachkräftemangel, Klimakrise und Altersvorsorge. Politische Forderungen seien ihrerseits ein Wahlalter ab 16 und eine stärkere Berücksichtigung von Kinderrechten.

Shari Kohlmeyer vom Bundesjugendring forderte in ihrem Kommentar mehr politische Vertretung junger Menschen und den Ausbau der Jugendarbeit. Generationengerechtigkeit bleibe der zentrale Konflikt: es gehe um eine faire Verteilung von Ressourcen und Zukunftschancen.

Diskussionsergebnisse

Der Rückgang von Angeboten für Kinder und Jugendliche in der Kinder- und Jugendarbeit sei besorgniserregend. Kinder würden im Kinder- und Jugendbericht weniger berücksichtigt als Jugendliche und junge Erwachsene. Gleichzeitig würden junge Erwachsene mehr Verantwortung in ihren Familien übernehmen. Politische Lösungsansätze zur Bewältigung des demografischen Wandels seien rar. Ansätze aus anderen Ländern, wie Japan, könnten hier Orientierung bieten. Ältere Menschen könnten beispielsweise als ehrenamtliche Fachkräfte in der Kindertagesbetreuung eingesetzt werden.

Weiterführende Fragen

Es wurde ausgeführt, dass der Generationendialog beleuchte, wie Alterssegmente betrachtet und Generationen in Dialog oder Konflikt einbezogen würden. Politische Entscheidungen beträfen oft junge Kinder, die nicht beteiligt würden. Ein "Kinder-Check" könnte hier den Jugend-Check ergänzen, um zukünftige Generationen besser zu berücksichtigen. Der Generationenvertrag solle an aktuelle Herausforderungen angepasst werden. Zudem brauche es Strategien, um eine neue Generation in der Politik zu fördern und die Einbindung junger Menschen konsequenter umzusetzen.